

Hinweis für die Presse: Bitte nicht vor dem Sitzungstag veröffentlichen.

**Beschlussvorlage I/026/2020
TOP Nr. 11 (Klima-, Umwelt-, Kultur-, Schul- und Sozialausschuss)**

<i>Gremium</i> Klima-, Umwelt-, Kultur-, Schul- und Sozialausschuss	<i>Beschluss</i> Entscheidung	<i>Ö-Status</i> öffentlich	<i>Sitzungstag</i> 20.10.2020
---	---	--------------------------------------	---

Bezeichnung des Tagesordnungspunktes:

**Antrag der Linken;
Aktive Hilfe für Flüchtlinge im Rahmen von Grafing als sicherer Hafen**

Sachverhaltsdarstellung / Begründung

Mit Schreiben vom 04.09.2020 hat sich die Stadträtin Lena Huppertz an die Verwaltung gewandt und einen Antrag gestellt, der aus mehreren Teilanträgen besteht.

Nachdem die humanitäre Katastrophe durch Corona neue Ausmaße angenommen hat, möchte die Stadt nochmals direkt an den verantwortlichen Bundesinnenminister herantreten und sich dafür einsetzen, dass Flüchtlinge in Grafing aufgenommen werden können.

Außerdem sollte die Stadt Grafing noch weitere Beschlüsse fassen. Dazu gehört, Forderungen der Seebrücke umzusetzen.

1.

Diese sollte aktiv unterstützt werden indem sich die Stadt öffentlich gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung auf dem Mittelmeer positioniert und diese aktiv unterstützt. Die Stadt sollte eine Patenschaft und die finanzielle Unterstützung für ein ziviles Seenotrettungsschiff übernehmen oder sich daran beteiligen.

2.

Weiter beantragt man die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden sicher. Hierzu wird ein Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Inneres und Sport, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Bundesland Bayern hergestellt.

3.

Außerdem soll sich Grafing gegenüber dem eigenen Bundesland und der Bundesregierung für die Einrichtung neuer bzw. die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur legalen Aufnahme von Flüchtenden einsetzen und bietet dazu selbst zusätzliche Aufnahmeplätze an.

Die Stadt Grafing fordert die Regierung des Bundeslandes Bayern auf, ein eigenständiges humanitäres Aufnahmeprogramm für Flüchtende gem. § 23 Absatz 1 AufenthG einzuführen und damit Flüchtenden die legale Einreise nach Deutschland und einen legalen Aufenthalt zu ermöglichen. Die Stadt Grafing fordert die Regierung des Bundeslandes Bayern und die Bundesregierung auf, im Rahmen des Resettlements gem. § 23 Absatz 4 AufenthG und anderen Programmen der legalen Aufnahme von Flüchtenden dauerhaft und verlässlich erheblich höhere Aufnahmequoten als bisher zu vereinbaren. Nur so kann Deutschland seiner Verantwortung nachkommen, Menschen die Flucht auf gefährlichen illegalen Wegen ersparen.

Die Stadt Grafing erklärt sich dem Bundesland Bayern und der Bundesregierung gegenüber bereit, zusätzliche Aufnahmeplätze für Einreisende in diesen Programmen verlässlich zur Verfügung zu stellen.

Zudem setzt sich die Stadt über das Land für die Streichung des Satzes 3 des § 23 Abs. 1 AufenthG ein, wodurch das Zustimmungserfordernis des Bundes für eine Flüchtlingsaufnahme entfielen.

Die Stadt fordert die Einführung einer eigenständigen Norm zur kommunalen Aufnahme entsprechend dem § 23 Abs. 1 AufenthG zur eigenständigen Aufnahme durch die Länder.

4.

Weiter sorgt die Stadt für ein langfristiges Ankommen, indem alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung, zur Verfügung gestellt werden.

5.

Außerdem soll sich die Stadt auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene aktiv für die Umsetzung der oben genannten Punkte einsetzen.

6.

Zuletzt soll sich die Stadt an der Gründung eines Bündnisses aller Sicheren Häfen in Europa zur aktiven Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen Migrationspolitik beteiligen.

Quelle: <https://seebruecke.org/safe-havens/grafing/>

Begründet wurde der Antrag damit, dass aufgrund eines Beschlusses des Stadtrats vom Juli 2019 sich die Stadt Grafing bereits zum „Sicheren Hafen“ erklärt hat und damit seine Bereitschaft öffentlich erklärt, Menschen, die unter unwürdigen Zuständen in Lagern wie Moria leiden, zu helfen. Damals hat der Stadtrat beschlossen, wie zahlreiche andere Städte aus humanitären Gründen die Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“ zu unterstützen und erklärte sich zum „sicheren Hafen“.

Dafür ist zum einen die Umsetzung der von der Seebrücke geforderten Maßnahmen nötig, gleichzeitig muss aber auch die Bundesregierung von der Stadt Grafing an ihre Aufgaben erinnert werden, um gemeinsam für Menschenrechte einzustehen.

Weiter hat der Stadtrat beschlossen, dass sich die Stadt Grafing bereit erklärt, Menschen aufzunehmen, die auf ihrer Flucht aus Seenot gerettet worden sind und teilt dies dem Bundesministerium des Inneren für Bau und Heimat mit.

Weiter wurde beschlossen, an die Bundesregierung zu appellieren, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen sowie für die Rettung von Geflüchteten im Mittelmeer einzusetzen.

Die Stadt teilte diese Beschlüsse dem Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat mit und dieses antwortete mit Schreiben vom 09.12.2019 und bedankte sich für die Bereitschaft der Stadt Grafing.

Am 30.09.2020 erreichte ein Schreiben des Bayerischen Innenministeriums die Stadt in dem angekündigt, wurde, dass Deutschland insgesamt 1.553 Flüchtlinge aus Griechenland aufnehmen möchte. Für Bayern rechnet man mit 240 Personen, die aufgenommen werden müssen.

Diese werden im Wege einer humanitären Aufnahme in die Bundesrepublik Deutschland einreisen und in der Folge eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Die Eingereisten sind damit nicht verpflichtet, in Asylunterkünften zu leben, sondern haben sofort die Möglichkeit, privaten Wohnraum zu beziehen. Wie die Erfahrungen aus anderen Aufnahmen zeigen, ist es aber zunächst erforderlich, für eine Unterbringung dieser Personen zu sorgen.

Deswegen wurde nach der Bereitschaft Grafings für die Aufnahme in Grafing gefragt, was aber momentan äußerst problematisch ist, weil keine städtischen Wohnungen verfügbar sind. Bei der Stadt stehen über 40 Personen auf der Warteliste für eine Sozialwohnung. Auch personell ist die Betreuung der Personen schwierig. Dies wurde dem Innenministerium mitgeteilt.

Wenn, dann müsste man auf die Bereitschaft aus der Bevölkerung hoffen, die eine Aufnahme und Betreuung der Personen ermöglichen würde. Die Umsetzung des damaligen Beschlusses innerhalb weniger Tage ist sehr schwierig. Dies wurde dem Innenministerium so auch mitgeteilt.

Nachdem auch für den Landkreis ein Antrag besteht, Personen aus dem Flüchtlingslagern aufzunehmen, hofft man auf eine landkreisweite Lösung. Auch weil dort die Unterbringungsmöglichkeiten bereits gegeben sind und das entsprechende Personal vorhanden ist.

Beschlussvorschlag
Kein Beschlussvorschlag

Finanzielle Auswirkungen:				
<input checked="" type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	Verw.HH	/ Verm.HH	<input type="checkbox"/> Ansatzüberschr. <input type="checkbox"/> Nachtragsvormerkung

Auswirkungen auf den Klimaschutz:	
<input type="checkbox"/> Ja, positiv	<input type="checkbox"/> Ja, negativ x Nein
Wenn ja, negativ: Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	

Anlagen:
2020-09-29_M Schreiben Kommunen_Aufnahmebereitschaft allgemein (Grafing) (003)
Antrag Stadt Grafing_Sicherer Hafen Grafing_2020-09-04
Beschluss Sicherer Hafen 2019